



## Bescheid

Der Unabhängige Finanzsenat hat durch den Vorsitzenden Dr. Erwin Luggauer und die weiteren Mitglieder Mag. Dieter Ortner, Wolfgang Speyl und Gerhard Raub über die Berufung der Frau H Bw2

- vom 20.11.06 gegen die Erledigung des Finanzamtes FA vom 18.10.06 an Frau H Bw2 und an die Bw K2 KEG über die Wiederaufnahme des Verfahrens betreffend Feststellung von Einkünften für das Jahr 2000,  
-und vom 20.11.06 gegen die Erledigung des Finanzamtes FA vom 18.10.06 an H Bw2 und an die Bw K2 KEG für die Jahre 2000 und 2001 über das Unterbleiben von Feststellungen in Bezug auf die Kommanditistin H Bw2

**beschlossen:**

Die Berufung wird als unzulässig zurückgewiesen.

### Entscheidungsgründe

Die Bw K2 Immobilien Handel KEG ist seit 2007 eine KG.

Die behördlichen Erledigungen vom 18.10.2006 betreffend Wiederaufnahme des Verfahrens betreffend Feststellung von Einkünften für das Jahr 2000 an die KEG und an die Kommanditisten, darunter auch die Berufungswerberin (Bw) H Bw2 , enthalten keine Erläuterung gemäß § 101 Abs 3 BAO . Sie wurden an die KEG selbst, jeden einzelnen Kommanditisten, darunter auch die Bw, nicht aber an die Komplementäre adressiert. Diese Erledigungen vom 18.10.2006 betreffend Wiederaufnahme für 2000 sind jedenfalls gegenüber

den Komplementären nicht wirksam geworden. Sie sind daher insgesamt als unwirksame behördliche Erledigungen anzusehen.

Mit den behördlichen Erledigungen vom 20.10.2006 betreffend 2000-2001 an die Bw KEG wurden gemäß § 188 BAO Einkünfte festgestellt und den Komplementären der Personengesellschaft, nicht aber deren Kommanditisten, zugewiesen. Diese behördlichen Erledigungen enthalten keine Feststellung in Bezug auf die Kommanditisten. Mit weiteren Erledigungen vom 18.10.2006 mit Wirksamkeit für 2000-2001 an die KEG und an die Kommanditisten, darunter auch die Bw, wurde festgestellt, dass eine Feststellung von Einkünften betreffend die Kommanditisten in Bezug auf die Jahre 2000-2001 zu unterbleiben habe.

Die behördlichen Erledigungen vom 18.10.2006 betreffend Unterbleiben von Feststellungen der Einkünfte für 2000-2001 enthalten keine Erläuterungen gem. § 101 Abs 3 BAO.

Es sind somit Erledigungen im Sinne des § 188 BAO ergangen, in denen die von der Personengesellschaft (Bw) in den Jahren 2000-2001 erzielten Einkünfte je zur Hälfte den Komplementären zugewiesen wurden. Zusätzlich wurden Erledigungen betreffend die Kommanditisten erlassen, in denen insbesondere festgehalten wurde, dass eine Feststellung der Einkünfte für dieselben Zeiträume zu unterbleiben habe. Damit wurde gegen das bei Grundlagenbescheiden im Sinne des § 188 BAO geltende Gebot der Einheitlichkeit verstoßen (VwGH vom 5.9.2012, 2011/15/0024).

Die behördlichen Erledigungen betreffend Feststellung der Einkünfte 2000-2001 und Unterbleiben der Feststellung von Einkünften in Bezug auf die Kommanditisten, darunter auch die Bw, für die Jahre 2000-2001 haben schon deshalb keine Rechtswirksamkeit erlangt. Diese Bescheide sind daher unwirksam.

Aus den oben erwähnten Gründen ist die Berufung der Bw zurückzuweisen.

**Aus verfahrensökonomischen Gründen wird bemerkt:** Zur Frage, wie eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Sache aussehen könnte, sind bisher in möglicherweise vergleichbaren Angelegenheiten mehrere Berufungsentscheidungen (GZ1 betreffend GZ11 K2 KG; GZ2 betreffend GZ22 K2 KG; GZ3 FZahl2 K2 KG) ergangen.

Bis jetzt wurde nicht geprüft, ob der Tatbestand des § 2 Abs 2a EStG 1988 erfüllt wurde. Es wurde nicht geprüft, ob Einkünfte aus der Beteiligung an einer Gesellschaft vorliegen, bei der das Erzielen steuerlicher Vorteile im Vordergrund steht. Die Erfüllung dieses Tatbestandes setzt nicht ausnahmslos voraus, dass der Erwerb derartiger Beteiligungen allgemein

---

angeboten wird und dass ein Renditevergleich i.S. des § 2 Abs 2a EStG 1988 erster Teilstrich durchgeführt wird.

Auf dem freien Markt unter einander fremden Marktteilnehmern kann es Situationen geben, in welchen ein Marktteilnehmer vom beabsichtigten Verhalten eines anderen Marktteilnehmers weiß. Dies kann sich auf Grund von Informationen, Beziehungen oder Machtverhältnissen ergeben. Dies kann zu einer Kooperation mehrerer fremder Marktteilnehmer führen. Diese wird unter fremden Marktteilnehmern üblicherweise nur dann erfolgen, wenn sich jeder kooperierende Marktteilnehmer ex ante betrachtet wirtschaftliche Vorteile von dieser Kooperation erwarten kann und wenn die Aufwendungen und Ertragschancen der Kooperierenden sachgerecht verteilt sind.

Bekanntlich kann eine und dieselbe Liegenschaft in einem begrenzten Zeitraum nicht unbegrenzt oft verkauft werden, ohne dass zumindest ein Teil der Händler von einem wirtschaftlichen Nachteil bedroht ist. Daher wird ein fremder Marktteilnehmer sich an geplanten mehrfachen Käufen und Verkäufen derselben Immobilie nur beteiligen, wenn er ex ante betrachtet Vorteile daraus erwarten kann. Aus demselben Grund wird ein fremder Marktteilnehmer die Teilnahme anderer Marktteilnehmer an mehrfachen Verkäufen ein und derselben Immobilie in der Regel nur akzeptieren, wenn die anderen Marktteilnehmer ex ante betrachtet eine sinnvolle wirtschaftliche Funktion ausüben (vgl. BFH 17.3.2010, IV R 25/08).

Klagenfurt am Wörthersee, am 5. Dezember 2012